

auf d.J. Herzogenburger Stifterbild um 1497. In: Die ostbayrischen Grenzmarken (Monatschrift des Instituts für ostbayrische Heimatforschung in Passau) 17.Jg., Passau 1928, S. 46 ff.

Hartlaub, G. F.: Der Jungbrunnen 1549 von Lucas Cranach d. Ä., Berlin o.J.

Henrich, D.: Albrecht Altdorfer und seine Zeit (Schriftenreihe der Universität Regensburg, Bd. 5) Regensburg 1981

Hoffmann, K.: Typologie, Exemplarik und reformatorische Bildsatire. In: Spätmittelalter und Frühe Neuzeit (Tübinger Beiträge zur Geschichtsforschung, Bd. 2: Kontinuität und Umbruch). Stuttgart 1978, S. 189 ff.

Jahn, J.: Lucas Cranach d. Ä. – das gesamte graphische Werk. München (1972)

Pope-Hennessy: The Portrait in the Renaissance. London/New York 1966

Rosenberg, J.: Die Zeichnungen Lucas Cranachs d. Ä. (Denkmäler deutscher Kunst), Berlin 1960

Ruhmer, E.: Cranach. London/Köln 1963

Schade, W.: Lucas Cranach d. Ä. – Zeichnungen. Frankfurt a. M. (Inselband) o.J.

Schädler, A.: Die fränkische Galerie Veste Rosenberg Kronach. 3. Aufl. München 1987, besonders S. 39 ff. (Abb. 12/13).

Schneider, W.: Luther in Coburg – der Reformator und seine Zeit. Sonderbeilage der Neuen Presse. Coburg 1983

Stange, A.: Malerei der Donauschule. München 1971 (2. Aufl.)

Thöne, F.: Lucas Cranach d. Ä. (Die Blauen Bücher) Königstein/Taunus 1965

Warnke, M.: Cranachs Luther. Entwürfe für ein Image (Fischer-Taschenbuch) Frankfurt a. M. 1984

Zapf, E.: Hans Maler, Bildschnitzer und Maler zu Kronach um 1440 bis etwa 1527. Sonderbeilage zur Neuen Presse Coburger Tageblatt Nr. 132, 10.–11. Juni, Coburg 1972

Der erweiterte und mit neuen Abbildungen und Originalzitaten versehene, ungekürzte Beitrag über Lucas Cranach ist vorgesehen im Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 1990.

Horst Erlich

Entstehung und Entwicklung der innerdeutschen Grenze

Mitten durch Deutschland ziehen sich die Grenzsperranlagen der DDR, 1.346 km lang, von der Ostsee bis zum Dreiländereck mit der CSSR ostwärts von Hof. Mauern, Beobachtungstürme, Zäune und die Soldaten der DDR-Grenztruppe bestimmen das Bild. Die Grenzziehung ist eine unmittelbare Folge des Zweiten Weltkriegs. Im September 1944, also noch während des Krieges, hatten die alliierten Kriegsgegner Hitlers im sogenannten "Londoner Protokoll" beschlossen, Deutschland in eine britische, amerikanische und sowjetische Zone aufzuteilen. Eine französische Besatzungszone – ausgegliedert aus den westlichen Zonen – wurde im Februar 1945 in Jalta vereinbart. Die Reichshauptstadt Berlin sollte als "besonderes Gebiet" einer gemeinsamen Besatzung unterworfen werden. Die heu-

tige Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten ist die Demarkationslinie zwischen der sowjetischen Zone und den westlichen Zonen. Sie folgt im wesentlichen alten Landes- und Provinzgrenzen; davon zeugen noch zahlreiche alte Grenzsteine aus dem vorigen Jahrhundert.

Diese Demarkationslinie war zunächst als reine Verwaltungsgrenze gedacht und sollte die Einheit des nach dem Krieg verbliebenen Deutschlands nicht in Frage stellen. Ob die ganze Tragweite jener Abmarchungen den Westmächten damals schon bekannt war, bleibt dahingestellt.

Tatsache ist, daß die Interessensphären von Ost und West durch diese Linie abgegrenzt wurden und die Teilung Deutschlands im Sommer 1945 Wirklichkeit wurde.

Die Politik der Sowjets war darauf ausgerichtet, die erreichte Machtposition in Mitteleuropa nicht mehr aufzugeben und sich zum Westen hin konsequent abzugrenzen. So entstand in Ostdeutschland ein kommunistisches System, was zur Folge hatte, daß bereits in den ersten Monaten nach dem Krieg viele Menschen aus dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands in den Westen flohen. Darauf wurde im Sommer 1946 eine Sperrung der Zonengrenze, wie sie damals genannt wurde, durch die Sowjetische Militäradministration (SMA) gefordert und auf sowjetischer Seite durchgeführt. Durch Kontrollratsbeschuß wurde der freie Reiseverkehr, soweit es ihn damals wegen der fehlenden Verkehrsmittel überhaupt gab, zwischen Ost und West wirksam unterbunden. Später, im Oktober 1946, wurde ein sogenannter Interzonena paß mit einer Geltungsdauer von 30 Tagen je Besuch eingeführt.

Im Dezember 1946 wurde in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) mit der Aufstellung der "Deutschen Grenzpolizei" begonnen, die später eine Stärke von ca. 50.000 Mann hatte. Es handelte sich dabei um eine militärisch geführte und ausgerüstete kasernierte Polizeitruppe, die größtenteils in ehemaligen Wehrmachtsbarakken entlang der Zonengrenze stationiert war und den Auftrag hatte, insbesondere den Personenverkehr von Ost nach West und umgekehrt zu kontrollieren bzw. zu unterbinden.

Die folgenden Jahre waren gekennzeichnet durch die politischen Spannungen, die ihren Höhepunkt in der Berliner Blockade durch die Sowjets von Juni 1948 bis Mai 1949 hatten.

Der Kalte Krieg hatte in vollem Umfang begonnen. Immer größer wurde die Zahl der Deutschen, die aus dem kommunistischen Machtbereich flüchteten. Es gibt darüber bis 1949 keine statistischen Unterlagen, die Gesamtzahl der Flüchtlinge wird jedoch auf 900.000 geschätzt.

Sperranlagen gab es zu dieser Zeit noch nicht an der Demarkationslinie. Das sollte

sich erst 1952 ändern. Dann nämlich begann die DDR mit konkreten Maßnahmen, die von langer Hand vorbereitet waren. Eine dreiwöchige Propagandakampagne hatte die Abschottung eingeleitet. Nachrichten über angebliche westdeutsche Sperrmaßnahmen und Polizeiaktionen an der Zonengrenze, die als Bedrohung der DDR bezeichnet wurden, sollten als Rechtfertigung dienen. Dann erging unter dem Vorwand, sich vor "Agenten, Spionen und Diversanten" schützen zu müssen, am 26. Mai 1952 eine Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie, die bereits am folgenden Tag auf dem Gebiet der DDR umgesetzt wurde. Es entstand dort ein Sperrgebiet mit

- einem 10 m breiten Kontrollstreifen
- einem 500 m breiten Schutzstreifen und
- einer 5 km breiten Sperrzone.

Als erste durchgehende Sperranlage gegenüber der Bundesrepublik wurde ein einfacher Stacheldrahtzaun unmittelbar an der Grenze errichtet, dahinter der 10-m-Kontrollstreifen angelegt, der als "Todesstreifen" traurige Berühmtheit erlangen sollte. Dieser Streifen wurde stets gepflügt, geeggt und kontrolliert.

Beobachtungstürme entstanden, Unterstände – über und unter der Erde – wurden gebaut.

Die Zufahrtswege zur 5-km-Sperrzone und zum 500-m-Schutzstreifen wurden ständig überwacht, die Bewohner innerhalb dieser Gebiete erhielten besondere Ausweise.

Im 500-m-Schutzstreifen durften die dort ansässigen Bewohner ihre Wohnungen nur zu bestimmten Tageszeiten verlassen, die Felder wurden unter scharfer Bewachung bestellt.

Wer gegen die erlassenen Bestimmungen verstieß, machte sich bereits der "Republikflucht" verdächtig.

Doch konnten diese Maßnahmen den Flüchtlingsstrom kaum eindämmen. Nicht nur das noch offene Berlin wurde als Fluchtweg gewählt. Tausende kamen über die "grüne Grenze". Ganze Dorfgemeinschaften aus dem unmittelbaren Grenzgebiet der DDR verließen ihre Heimat, es kamen aber auch zahlreiche Angehörige

der "Deutschen Grenzpolizei" und andere Uniformträger.

Daraufhin wurden "politisch unzuverlässige Staatsbürger" aus dem Grenzgebiet in das Innere der DDR umgesiedelt. Damit wurde eine bewußte und gewollte Entvölkerung dieses Gebiets eingeleitet, das dadurch besser kontrolliert werden konnte.

In der Folge wurden Wohn- und Wirtschaftsgebäude, die nahe der Zonengrenze standen, abgerissen, ein Prozeß, der sich bis in die 70er Jahre fortsetzte.

Man schätzt die Zahl der zwangsweise Umgesiedelten auf ca. 8.000, weitere 3.000 zogen die Flucht in den Westen der Zwangsumsiedlung vor.

Bis heute gelten übrigens besondere Aufenthaltsbeschränkungen und Verbote für die Grenzbevölkerung der DDR. Allein die "Sperrzone" dürfte ein Gebiet von rund 6.000 Quadratkilometern umfassen.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß anfangs von Seiten der Behörden der westlichen Besatzungszonen – also bis 1949 – keinerlei Personen- und Warenkontrollen durchgeführt wurde. Demzufolge waren auch die im Grenzgebiet gegenüber der SBZ eingesetzten Polizeikräfte schwach. Es handelte sich ausschließlich um Einzeldienstbeamte, die kaum in der Lage waren, massiven Übergriffe der anderen Seite, wie sie damals an der Tagesordnung waren, wirksam entgegentreten zu können.

In diese Zeit fällt die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (September bzw. Oktober 1949).

Die Übergriffe der östlichen Grenzorgane auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik nahmen ein Ausmaß an, das den damaligen Bundesminister Dr. Robert Lehr zu der Erklärung veranlaßte, er könne die Sicherheit an der Demarkationslinie nicht mehr garantieren. Nach anfänglichem Widerstand der Westalliierten wurde im Frühjahr 1951 der Bundesgrenzschutz aufgestellt, eine Polizeitruppe von zuerst 10.000 Mann, deren Stärke wenig später auf 20.000 Mann heraufgesetzt wurde.

Im Jahre 1961 verließen Zehntausende die DDR, ein wirtschaftspolitischer Adelsslauß ohnegleichen. Als Abwehrmaßnahme gegen den "Menschenhandel" wurde am

13. August 1961 in Berlin die Mauer gebaut.

Danach wurde auch das Sperrsystem gegenüber der Bundesrepublik konsequent weiterentwickelt und modifiziert.

Doch zunächst wurde eine Reihe bisher noch existierender Straßen- und Bahnverbindungen geschlossen und Versorgungsleitungen, welche die Grenze kreuzten, stillgelegt.

Es verblieben lediglich 8 Straßenübergänge, 5 Eisenbahnverbindungen sowie 2 Wasserstraßen (Elbe und Mittellandkanal).

Das Bild der DDR-Sperranlagen hat sich dann im Verlauf der Jahre erheblich verändert. Doppelte Stacheldrahtzäune, dazwischen Minenfelder, Waldschneisen zur Gewinnung von Schußfeld, Sperrgräben gegen den Durchbruch von Fahrzeugen, Lichtstraßen um Dörfer und Städte im Grenzgebiet, später Metallgitter an Stelle von Stacheldraht und ab 1970 auch die berüchtigten Selbstschußanlagen kennzeichneten das, was die DDR "Moderne Grenze" nennt.

Um Flüchtlinge frühzeitig erkennen zu können, wurden zusätzlich zu den Sperranlagen an der Grenze mehrere hundert Meter im Hinterland Zäune mit stromführenden Alarmdrähten gebaut. Mit Fertigstellung dieser Anlagen Ende der 70er Jahre verfügte die DDR über ein wirklich tief gestaffeltes Sperrsystem.

Zu jedem Zeitpunkt war festzustellen, daß alle technischen und personellen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, um die Grenze für die eigenen Bürger unüberwindbar zu machen. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Über drei Jahrzehnte, von Mai 1952 bis September 1983 vollzog sich der Ausbau der Grenzsperranlagen. Dann plötzlich kündigte der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker an, daß das heimtückischste Element des Sperrsystems, die Selbstschußanlagen, abgebaut würden. Kurz danach folgte die Zusage, auch die Bodenminen zu entfernen.

Tatsächlich hat die DDR von September 1983 bis November 1984 alle Selbstschußanlagen abgebaut. Bis Oktober 1985 wurden auch alle Minenfelder beseitigt. Es gibt also an der Grenze keine automatisch tod-

bringenden Anlagen mehr. Der vordere Sperrzaun ist "nur noch" ein 3,20 m hohes Hindernis.

Die DDR hat diese Änderung im Sperrsystem aber immer erst dann vollzogen, wenn die dadurch bedingte Durchlässigkeit in den Grenzabschnitten vorher durch andere Maßnahmen ausgeglichen worden war. Hier ist besonders der Schutzstreifenzaun zu erwähnen, der inzwischen erheblich modifiziert und durch Stolperdraht-, Signalschuß- und Hundelaufanlagen im Zwischengelände ergänzt wurde.

Aber nicht nur der materielle Schwerpunkt des Sperrsystems ist weiter in das Hinterland verlagert worden. Auch die DDR-Grenztruppe, die aus der "*Deutschen Grenzpolizei*" hervorgegangen ist, überwacht wesentlich intensiver als früher den Schutzstreifenzaun und hat den Personaleinsatz auf das neue System abgestellt. Verringert wurde die Stärke der an der Grenze eingesetzten Truppen nicht.

Seit dem Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972 gibt es eine gemeinsame Grenzkommission, die insbesondere Unklarheiten über den Grenzverlauf ausräumen soll.

In Bezug auf den Elbe-Abschnitt konnte allerdings bis heute keine Einigung erzielt werden. Daneben trägt die Grenzkommission, die regelmäßig tagt, zur Regelung sonstiger grenzbezogener Probleme bei. Insgesamt 14 Telefonleitungen wurden zu

Durchsagen in beiden Richtungen eingerichtet; die Lage an der Grenze hat sich wesentlich entspannt.

Doch noch immer gilt für die Soldaten der DDR-Grenztruppe das Kontaktverbot über die Grenze hinweg. Grundsätzlich werden nicht einmal Grüße erwidert.

Die innerdeutsche Grenze, wie sie nunmehr offiziell heißt, ist für Reisende durchlässiger, für Flüchtlinge weniger blutig geworden. Dennoch ist sie für jeden lebensbedrohend, der sie ohne Genehmigung der DDR-Behörden überschreiten will.

Die DDR betrachtet die Grenze bekanntlich als Staatsgrenze. Im Gegensatz dazu hat sie nach dem rechtlichen Verständnis der Bundesrepublik keinen anderen Charakter als den einer Landesgrenze zwischen Bundesländern. Sie hat also keine Bedeutung für die Bewegungsfreiheit eines Deutschen.

Wer heute als Besucher von westlicher Seite aus an die Grenze kommt, der sieht mit eigenen Augen den "*Eisernen Vorhang*". Den Anblick hat sich Winston Churchill sicher nicht vorstellen können, als er diesen Begriff in einer Rede vor amerikanischen Studenten am 5. März 1946 prägte.

Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß sich die Verhältnisse an der innerdeutschen Grenze so verändern, daß man eines Tages von Normalität sprechen kann.

Horst Erlich, Polizeidirektor im BGS,
BGS-Unterkunft, 863 Coburg

Veranstaltungen

Städtische Sammlungen Schweinfurt, Galerie-Studio in der "Alten Reichsvogtei", Obere Straße 11/13: Ausstellung Wilhelm Kohlhoff, Aquarelle, Gouachen und Zeichnungen der zwanziger Jahre, 16. Juni bis 17. September 1989.

Städtische Galerie, Würzburg: Ausstellungen Mischa Kuball: "Deutsches Haus" Würzburg

und "Kreuzigungen", Graphik von Siegfried Rischar, jeweils vom 2. 7. bis 20. 8. 1989.

Freilichtbühne Schloß Maßbach: Vorstellungen noch bis 3. September 1989.

Germanisches Nationalmuseum Nürnberg: Ausstellung Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. 200 Jahre Französische Revolution in Deutschland. 24. Juni bis 1. Oktober 1989.